



Dresdner Reden 2014

9. Februar 2014

Prof. Dr. Heribert Prantl

**„Bettelnde Grundrechte. Warum die Verfassung
gestärkt und Demokratie immer wieder neu
gelernt werden muss“**

Eine Veranstaltungsreihe des Staatsschauspiels Dresden und der Sächsischen Zeitung.

Sächsische Zeitung

Was uns verbindet.

Die Dresdner Reden 2014

Auch in diesem Jahr setzen wir die traditionsreiche Reihe der Dresdner Reden fort, die in Kooperation mit der Sächsischen Zeitung seit mehr als zwei Jahrzehnten am Staatsschauspiel stattfindet. Jedes Frühjahr laden wir Persönlichkeiten aus Kunst, Politik, Wirtschaft oder Wissenschaft ein, auf der Bühne des Staatsschauspiels eine Rede zur Zeit zu halten.

Den Anfang macht in diesem Jahr der renommierte Journalist **Prof. Dr. Heribert Prantl**. Er ist Chefredakteur der Süddeutschen Zeitung, wo er das Ressort Innenpolitik leitet. Der ehemalige Staatsanwalt ist engagierter Verteidiger eines demokratischen, sozialen und weltoffenen Rechtsstaats, wofür er mehrfach ausgezeichnet wurde. Darüber hinaus ist Prantl u. a. Mitglied des Ethikrates der Hamburger Akademie für Publizistik sowie des PEN-Zentrums Deutschland. Seine Rede, die er am 9. 2. halten wird, trägt den Titel „Die bettelnden Grundrechte. Warum die Verfassung gestärkt und Demokratie immer wieder neu gelernt werden muss“.

Am 16. 2. ist der Publizist und Fernsehjournalist **Roger Willemsen** zu Gast im Schauspielhaus. Für seine Verdienste um die deutsche Fernseh- und Rundfunklandschaft wurde er u. a. mit dem Bayerischen Fernsehpreis sowie dem Adolf-Grimme-Preis ausgezeichnet. Einer breiten Leserschaft wurde er mit seinen Büchern „Hier spricht Guantánamo“ und „Der Knacks“ bekannt. Willemsen ist für zahlreiche Hilfsorganisationen tätig, u. a. für Terre des Femmes und die UN-Flüchtlingshilfe. Er spricht über „Die Kultur des Engagements“.

Der Bundesminister für Umwelt a. D. und ehemalige Vorsitzende der Bundestagsfraktion der Grünen **Jürgen Trittin** wird am 23. 2. unter dem Titel „Wider die Renaissance des Nationalen. Mehr Europa – mehr Gerechtigkeit – mehr Ökologie sprechen“.

Die Schriftstellerin **Sibylle Lewitscharoff** veröffentlichte Hörspiele, Essays und Romane, wofür sie u. a. 1998 den Ingeborg-Bachmann-Preis sowie 2013 den Georg-Büchner-Preis, die wichtigste literarische Auszeichnung im deutschsprachigen Raum, erhielt. In ihrem Werk spürt sie philosophischen und religiösen Grundfragen unserer Existenz nach und stellt dabei die Wirklichkeit immer wieder neu in Frage. Ihre Rede am 2. 3. steht unter der Überschrift „Von der Machbarkeit. Die wissenschaftliche Bestimmung über Geburt und Tod“.

Der Generaldirektor der Nationaloper Lyon, dem zweitgrößten Opernhaus Frankreichs, **Serge Dorny** übernimmt ab September 2014 die Intendanz der Semperoper Dresden. Durch seine innovative Leitung verhalf er der Oper Lyon zu internationaler Wahrnehmung über die Grenzen Frankreichs hinaus. Dorny strebt eine Oper an, die die Auseinandersetzung mit der Gegenwart sucht und ihren künstlerischen Auftrag immer wieder neu auf den Prüfstand stellt. Seine Dresdner Rede am 9. 3. trägt den Titel „Die Oper, eine nachhaltige Ressource im Herzen der Stadt“.

Prof. Dr. Heribert Prantl Der Journalist ist Mitglied der Chefredaktion der Süddeutschen Zeitung, wo er seit 1995 das Ressort Innenpolitik leitet. Nach einem Studium der Philosophie, Geschichte und Rechtswissenschaften, arbeitete er zunächst als Rechts- und Staatsanwalt, bevor er 1988 in den Journalismus wechselte. Neben seiner Tätigkeit als Redakteur, ist er auch Autor zahlreicher Bücher und Essays, in denen er als leidenschaftlicher Verteidiger eines demokratischen, sozialen und weltoffenen Rechtsstaats auftritt. Für sein publizistisches Schaffen und Engagement wurde er u. a. bereits mit dem Kurt-Tucholsky-Preis für literarische Publizistik und dem Erich-Fromm-Preis ausgezeichnet. Darüber hinaus ist Prantl u. a. Mitglied des Ethikrates der Hamburger Akademie für Publizistik sowie des PEN-Zentrums Deutschland.

Prof. Dr. Heribert Prantl

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

in ein paar Wochen ist Jubiläum. Das Grundgesetz wird 65 Jahre alt. Menschen in diesem Alter gehen in Pension oder sind es schon. Vom Grundgesetz wünsche ich mir das nicht. Ich wünsche dem Grundgesetz nicht, dass es sich jetzt zurückzieht. Ich wünsche den Grundrechten nicht, dass sie es sich jetzt bequem machen. Ich will nicht, dass sich die Grundrechte auf Kreuzfahrt begeben und sich in den Liegestuhl legen.

Ich wünsche unserer Verfassung nicht Pension und Ruhestand. Ich wünsche ihr neue Kraft und Stärke. Ich wünsche mir Grundrechte, auf die sich die Bürgerinnen und Bürger verlassen können. Und ich wünsche mir Staatsgewalten, ich wünsche mir Gerichte, und ich wünsche mir eine couragierte Gesellschaft, die alle zusammen diese Grundrechte verteidigen – auch gegen die Geheimdienste des NATO-Partners USA.

Ich wünsche mir Grundrechte, die auf dem Weg unserer Gesellschaft in die Internetwelt nicht bettelnd am Wegesrand stehen müssen, sondern Grundrechte, die die Gesellschaft auf diesem Weg begleiten und stärken. Ich wünsche mir Grundrechte, die im neuen Europa nicht welken, sondern neu aufblühen. Ich wünsche mir Grundrechte, die das bleiben, was sie waren, sind und sein müssen – verlässliche Begleiter der Menschen. Die Grundrechte gehören zum Besten, was den Deutschen in ihrer langen Geschichte passiert ist. Ich wünsche mir, dass das die Menschen in zehn, zwanzig und dreißig Jahren auch noch stolz so sagen können.

Es wäre daher gut, wenn die Grundrechte die Kraft haben, nicht nur die jungen, sondern auch die ganz alten Menschen zu schützen. Früher hatten die Menschen Angst vor dem Sterben, heute haben sie Angst vor dem Altern. Jeder zweite 85-Jährige in Deutschland lebt allein, ist allein. Es geht um die, die ein Leben lang gerackert haben und es jetzt nicht mehr können. Viele sind gebrechlich, viele dement. Ein System, das nicht in der Lage ist, sich um die Alten gut zu kümmern, ist selber dement. Es braucht die Auferstehung von Nächstenliebe und wärmernder Fürsorge. Es wäre wunderbar, wenn die Grundrechte zu dieser Auferstehung beitragen könnten. „Kinder sind unsere Zukunft“ – das hört man in der Politik jeden Tag. Aber das ist nur die halbe Wahrheit. Zur ganzen gehört: Auch die Alten sind „unsere Zukunft“. Der Respekt vor den Kindern und der Respekt vor den Alten gehören zusammen; er ist das Band, welches das Leben umspannt. Alpha und Omega. Die Grundrechte sind ein Ausdruck dieses Respekts.

Ich wünsche mir, dass die Politik dieses 65 Jahre alte Grundgesetz ernst nimmt. Ich wünsche mir, dass deutsche Panzer auf dem Weg in den Auslandseinsatz nicht über das Grundgesetz hinwegrollen. Ich wünsche mir, dass Kampfflugzeuge der Bundeswehr im Auslandseinsatz nicht über dieses Grundgesetz hinwegdonnern. Ich wünsche mir, dass das Grundgesetz das Gesetz bleibt, das die Grundlage ist für alles, was dieser Staat tut. Zu diesem Staat gehört auch die Bundeswehr.

Ich habe, entschuldigen Sie, in meiner verfassungspatriotischen Begeisterung ein wenig übertrieben. Das alles wünsche ich nicht mir: Das wünsche ich dem Grundgesetz, das wünsche ich dem Grundgesetz zum Jubiläum.

Demokratie ist nicht irgendwann mal vom Himmel gefallen und dann für immer da. Demokratie muss man lernen, immer wieder. Demokratie beginnt in der Schule, sie ist ein Lebensprinzip.

Es gibt ja Leute, die meinen, Demokratie sei nicht sehr viel mehr als eine Kiste: 90 Zentimeter hoch und 35 Zentimeter breit. Oben hat die Demokratie einen Deckel mit Schlitz. In der Tat: Alle paar Jahre, in Deutschland immer an einem Sonntag, kommen viele Leute zu diesen Kisten. Die Kiste heißt „Urne“, also genauso wie das Gefäß auf dem Friedhof, in dem die Asche von Verstorbenen aufbewahrt wird. Wahlurne – das ist ja eigentlich wirklich ein merkwürdiger Name, denn die Demokratie wird ja an diesen Wahltagen nicht verbrannt und beerdigt; im Gegenteil: Sie wird geboren, immer wieder neu, alle paar Jahre. Wahltag ist die Geburtstage der Demokratie; der Wahlkampf vorher ist dann sozusagen die Zeit der Glückwünsche. Demokratie ist aber noch sehr viel mehr als eine Wahl. Sie findet an jedem Tag statt.

Demokratie ist das erfolgreichste, beste und friedlichste Betriebssystem, das es für ein Land gibt. Es ist ein Betriebssystem, bei dem alle, die in einem Land wohnen, etwas zu sagen haben: Jeder hat eine Stimme, keiner ist mehr wert als der andere, alle sollen mitbestimmen, was zu geschehen hat. Demokratie ist eine Gemeinschaft, die ihre Zukunft miteinander gestaltet – nach den Regeln, über die man miteinander bestimmt hat. Zukunft! Miteinander! Gestalten! Das ist Demokratie.

Demokratie ist das ständige Nachdenken und Mitreden darüber, wie das am besten geht. Es muss im Bundesland Sachsen so sein, es muss in der Bundesrepublik Deutschland so sein – und es muss natürlich auch in Europa so sein, dass Europa die Grundrechte der Menschen in Deutschland nicht schwächt, sondern stärkt. Ich wünsche mir, dass eine starke Demokratie und ein starker Rechtsstaat herauskommt, wenn 28 Demokratien und Rechtsstaaten sich zusammenschließen in Europa; derzeit kann man den gegenteiligen Eindruck haben – man kann den Eindruck haben, dass die Regeln nach Adam Riese nicht mehr gelten, wenn es um Europa geht, weil bei der Addition von vielen Demokratien und Rechtsstaaten nicht mehr, sondern weniger Demokratie und weniger Rechtsstaat herauskommt.

Demokratie funktioniert nicht gut, wenn immer mehr Menschen nicht oder nicht mehr mitmachen, weil sie glauben, man habe ja eh keinen Einfluss, und die Politiker machen ja eh, was sie wollen. Demokratie funktioniert nicht gut, wenn sich immer mehr Menschen ausklinken, weil sie arbeitslos sind und das Gefühl haben, aus dem Nest gefallen zu sein. Demokratie funktioniert nicht gut, wenn Leute nicht mitreden dürfen, zum Beispiel deshalb, weil man sie noch nicht für alt genug hält; es ist daher kein eiserner Grundsatz, dass man erst mit 18 Jahren zum Wählen gehen darf. Und schließlich: Demokratie funktioniert nur dann gut, wenn die Politiker, die gewählt worden sind, im Gespräch bleiben mit denen, die sie gewählt haben. Der Grundsatz „Zukunft gemeinsam gestalten“ ist ein demokratisches Prinzip, das überall gilt, überall gelten muss: Nicht nur im Parlament, sondern im Alltag jedes einzelnen Demokraten, ob in Schule, Büro oder Fabrik, ob in der Kommune oder in der Europäischen Union. So eine Demokratie ist anstrengend und erfrischend zugleich.

Verfassungen, so hat einmal jemand süffisant gesagt, sollen so sein, dass die Verfassung die Bürger nicht ruiniert. Das ist mir viel zu wenig. Verfassungen sind viel mehr. Verfassungen sind so etwas wie Liebesbriefe an ein Land. Und sie sind so verschieden, wie Liebesbriefe es sein können. Es gibt Verfassungen, die sind geschrieben im Rausch, da hört man die Glocken läuten und die Orgel brausen. So eine Verfassung war die erste deutsche Verfassung, jene Verfassung, die Paulskirchenverfassung genannt wird, und die von deutschen Demokraten 1848 gegen die Könige und Fürsten und ihre Truppen auf den Barrikaden erkämpft und dann im Namen des Volkes von der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche beschlossen

wurde. Es gibt aber auch Verfassungen, die sind wie Liebeskummerbriefe, geschrieben in einer Mischung aus Hoffnung und Verzweiflung. So eine Verfassung ist das Grundgesetz aus dem Jahr 1949, entstanden nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, als Deutschland in Trümmern lag. Dieses Grundgesetz ist kein Poesiealbum wie andere Verfassungen, da wird nicht herumgesülzt. Es ist so karg wie die Zeit, in der es entstanden ist; damals war niemandem nach Feiern und großen Worten zumute. Und in dem Satz mit dem die Grundrechte, kurz wie eine SMS, beginnen, steckt das Entsetzen über die Nazi-Barbarei: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“.

Das Grundgesetz ist ein Liebeskummer-Brief, geschrieben in einer Mischung aus Hoffnung und Verzweiflung, entstanden 1948/49 im deutschen Dreck, in Schutt und Elend, als das Land zerteilt war und die vierzigjährige deutsche Spaltung begann. Unter miserableren Voraussetzungen ist kaum eine Verfassung geschrieben worden. Die dreißig Fachleute, die seinerzeit aus den zerbombten Städten der Westzonen zum Verfassungskonvent in die Idylle der Insel Herrenchiemsee kamen, haben sich an Martin Luther gehalten: Sie haben befürchtet, dass die Welt untergeht – und trotzdem das Bäumchen gepflanzt. Es war die erfolgreichste Pflanzaktion der deutschen Geschichte.

Das Grundgesetz ist nicht bombastisch, es trumpft nicht auf, es ist leise; trotzdem hat es eine Kraft entwickelt, die ihm einst kein Mensch zugetraut hat. Ohne dieses Grundgesetz wäre das wiedervereinigte Land nicht, was es geworden ist: eine leidlich lebendige Demokratie, ein passabel funktionierender Rechtsstaat, ein sich mühender Sozialstaat. Das Grundgesetz kann nicht hinweg gedacht werden, ohne dass der Erfolg der Bundesrepublik entfiele. Es gehört zum Besten, was den Deutschen in ihrer Geschichte widerfahren ist.

Wer heute sagt, die Welt sei so gefährlich, der Terrorismus seit 9/11 so bedrohlich geworden, man müsse deshalb die Freiheiten des Grundgesetzes einschränken, man dürfe nicht jedes Gesetz am Maßstab der Menschenwürde messen – wer so etwas sagt, der muss sich vergegenwärtigen, in welcher Zeit, in welcher Drangsal und angesichts wie großer Gefahren das Grundgesetz entstanden ist. Verglichen damit sind die Gefahren und Probleme, von denen wir heute reden, Kokolores. Die Grundrechte sind nicht zuletzt deswegen so eindrucksvoll, weil sie auf zitterndem Boden geschrieben worden sind und trotzdem gar nichts Zittriges, gar nichts Zaghafes haben.

Hunderttausende Displaced Persons zogen damals durch die Städte, eineinhalb Millionen Flüchtlinge lagerten allein im kleinen Schleswig-Holstein; aber über ein Grundrecht auf Asyl wurde nicht lang debattiert, es war selbstverständlich angesichts der bitteren Erfahrungen, die man selbst mit Verfolgung und Abweisung erfahren hatte. Heute mauert Europa sich ein, aus dem Raum des Rechts, der Sicherheit und der Freiheit, wie die EU sich nennt, wird die Festung Europa. Die Insel Lampedusa ist für die Flüchtlinge eine Rettungsinsel im Mittelmeer. Viele erreichen die Insel aber nicht; und denjenigen, die sie erreichen, hilft das nichts. Man schickt sie wieder weg. Man verfrachtet die meisten Flüchtlinge umgehend dorthin, wo sie herkommen. Das Mittelmeer ist ein Massengrab, auch wenn das Wort Politikern nicht gefällt: Tausende von Toten sind gezählt worden. Sie waren Bootsflüchtlinge auf dem Weg nach Europa; sie sind verdurstet auf dem Wasser, sie sind ertrunken auf hoher See oder vor Lampedusa, sie sind erfroren in der Kälte der europäischen Flüchtlingspolitik. Die gezählten und die ungezählten Toten sind auch an ihrer Hoffnung gestorben. Diese Hoffnung bestand darin, die Not hinter sich zu lassen und in Europa Freiheit und ein besseres Leben zu finden. In der europäischen Flüchtlingspolitik hat die Abwehr von Menschen den Vorrang vor der Rettung von Men-

schen. Diese Politik behandelt den Flüchtlingstod auf dem Meer wie ein Schicksal, das man nicht ändern kann, nicht ändern will und nicht darf – weil viele Politiker fürchten, dass Hilfe noch mehr Flüchtlinge anlocken könnte. Die Tränen, die angesichts des Massentodes vor Lampedusa von EU-Politikern zerdrückt wurden, waren Krokodilstränen; und die Reden dieser Politiker waren Krokodilsreden. Der Tod der Flüchtlinge ist Teil der EU-Flüchtlingspolitik, er gehört zur Abschreckungsstrategie, die der Hauptinhalt dieser Politik ist. Europas Politik gründet auf dem Satz vom „vollen Boot“. Das Boot sei voll. Der Wohlstand soll in Europa drinnen, die Armut draußen bleiben.

Damals, in den Nachkriegsjahren, hat man die Grundrechte ernster genommen. Damals, in diesen unsicheren Nachkriegsjahren, war die Mordrate auf bis dahin ungekannte Höhen gestiegen; die Abschaffung der Todesstrafe wurde trotzdem ins Grundgesetz geschrieben. Die neue Kriegsgefahr, die Gefahr von Spionageakten und von Anschlägen war mit Händen zu greifen; doch über das Verbot der Folter wurde keine Sekunde gestritten; man wusste, was passiert, wenn Demütigung zum Instrument staatlichen Handelns wird. Es saßen viele zuvor politisch Verfolgte in den Gremien, die das Grundgesetz vorbereiteten. Nie mehr später in einem deutschen Parlament war ihr Anteil so hoch.

In unsicherster Zeit also wurden Grundrechte geschaffen. Später, im sichersten Deutschland, das es je gab, wurden sie revidiert: erst das Grundrecht auf Asyl, weil das „Boot“ angeblich voll war; dann das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung, weil man angeblich sonst der organisierten Kriminalität nicht Herr werden konnte; heute ist es der islamistische Terror, dessen Bekämpfung die Grundrechte angeblich im Wege stehen. Die Kirschen der Freiheit werden madig gemacht.

Seit einiger Zeit gibt es aber auch unter deutschen Juristen Stimmen, die für eine Relativierung des absoluten Folterverbots plädieren, also die Menschenwürde in besonderen Ausnahmesituationen antastbar machen wollen – dann etwa, wenn durch die Folterung eines mutmaßlichen Terroristen womöglich die Opfer einer bevorstehenden Bombenexplosion gerettet werden können. Wer die Menschenwürde als absolut verteidige, so schreibt der Rechtsprofessor Matthias Herdegen in der Neuauflage des Grundgesetzkommentars Maunz/Dürig, sei „in der menschlichen Sehnsucht nach einfachen Gewissheiten“ gefangen. Solche Lehrsätze sind Pfeile ins Herz des Artikels 1.

Das höchste Gericht in Karlsruhe hat das Grundgesetz stark gemacht (auch wenn das Gericht dabei nicht immer so mutig und stark war, wie man es sich gewünscht hätte). Man darf die Karlsruher Richter daher Väter und Mütter des Grundgesetzes nennen; aus den Männern und Frauen, die 1948/49 dieses Werk geschrieben haben, sind dann dessen Großväter und Großmütter geworden. Das von ihnen allen geschaffene Grundgesetz hat evolutionäre Potenz. Es war Motor für die geglückte Modernisierung der Gesellschaft. Es war das Herz der neuen deutschen Aufklärung. Das ist das Grundgesetz-Wunder.

Das Wort „Wunder“ und das Wort „Wunden“ liegen nah beieinander. Dem Wunder sind Wunden geschlagen worden. Von einem Stolz der Politik auf die Bürger- und Freiheitsrechte spürt man im politischen Alltag viel zu wenig, seitdem ein ungeschriebenes „Grundrecht auf Sicherheit“ zum Super-Grundrecht aufgestiegen ist. Das Bundesverfassungsgericht kümmert sich seit Jahren um die Grund- und Freiheitsrechte, Regierung und Bundestag kümmern sich um deren Einschränkung. Der Gesetzgeber auf dem Gebiet der inneren Sicherheit tut so, als müsse er – mit Vorratsdatenspeicherung, Computerdurchsuchung und sonstigen Überwachungsmaßnahmen – eher den Staat vor dem Bürger schützen als den Bürger vor dem Staat. An

die Stelle des Stolzes auf die Bürgerrechte ist das Vorurteil getreten, man müsse diese kleiner machen, um so mehr Sicherheit zu schaffen. Die USA agieren dabei besonders exzessiv – der monströse Zugriff auf sämtliche Kommunikationsdaten deutscher Bürgerinnen und Bürger ist eine Ausprägung dieser US-Exzessivität. So kommt es, dass das sichere grundrechtliche Fundament nicht mehr sicher ist.

Ein solcher Befund gilt den Sicherheitspolitikern als Alarmismus. Wer nichts angestellt habe, sagen sie, müsse vor schärferen Kontrollen keine Angst haben – so hat man das bis vor kurzem allenthalben von den Sicherheitspolitikern gehört. Angesichts des NSA-Skandals hört man freilich den bislang beliebten Satz „Wer nichts zu verbergen hat, der hat auch nichts zu befürchten“ nicht mehr so oft wie in den vergangenen Jahren.

Solche Sätze waren und sind die Stricke, an denen immer neue Sicherheitsgesetze wie trojanische Pferde in den Rechtsstaat hineingezogen werden. Die schönste Beobachtung, die man zum Grundgesetz-Jubiläum machen kann, ist daher die: Der Widerstand gegen den politischen Verzehr der Bürgerrechte wächst, er artikuliert sich auch in den Klagen und Verfassungsbeschwerden, die in Karlsruhe erhoben werden. Diese Klagen sind die neuen deutschen Liebeskummer-Briefe; und das Verfassungsgericht bemüht sich in seinen Antworten, den Kummer zu lindern. Die Frage ist, ob es – wenn ich an die grundgesetzwidrigen Aktivitäten der Geheimdienste NSA & Co denke – noch die Kraft und die Kompetenz zu dieser Linderung hat.

Es gibt Sätze und Wörter, die für die gute Geschichte eines Landes stehen. Das Wort „Wirtschaftswunder“ gehört dazu und das Wort „Wiedervereinigung“ und auch Willy Brandts kluge Parole „Mehr Demokratie wagen“. Der „Verfassungspatriotismus“ gehört dazu; es ist der schönste Patriotismus der deutschen Geschichte. Der Verfassungspatriotismus steht für den Stolz auf die Grundrechte, die zum Alltagsbegleiter der Menschen geworden sind. Wenn es stimmt, dass das Vertrauen das Kapital der Demokratie ist, dann sind in Deutschland die Grundrechte der Grundstock dieses Kapitals. „Vertrauen ist der Anfang von allem“ – das war im Jahr 1995 der Werbeslogan der Deutschen Bank. Es wäre gefährlich, wenn der demokratische Rechtsstaat das Vertrauen der Menschen so verspielen und verlieren würde wie die Großbanken. Vertrauen ist die Währung der Demokratie. Es gibt Gesetze, die ungeheuer viel Vertrauen genießen – das Grundgesetz vor allem, und dies vor allem wegen der Grundrechte. Es gibt rechtsstaatliche Institutionen, die ungeheuer viel Vertrauen genießen: das Bundesverfassungsgericht zum Beispiel, und vor allem deswegen, weil es die Grundrechte gehegt und gepflegt hat. Und es gibt staatliche Institutionen, die sehr wenig Vertrauen genießen: der Verfassungsschutz zum Beispiel. An der Verfassung kann es nicht liegen.

Der „Boden des Grundgesetzes“ gehört zu den guten Wörtern in der Geschichte der Bundesrepublik. Dieser Boden des Grundgesetzes ist die Heimat des deutschen Rechtsstaats und der deutschen Demokratie. Auf dem Boden des Grundgesetzes wurde der deutsche Rechts- und Sozialstaat errichtet; auf diesem Boden stehen die Parlamente; auf diesem Boden arbeiten die Verwaltungsbehörden; auf diesem Boden urteilt das Bundesverfassungsgericht. Auf dem Boden des Grundgesetzes wurzeln und wachsen auch das Selbstbewusstsein und die Selbstsicherheit der deutschen Bürgerinnen und Bürger. Dieses Selbstbewusstsein und diese Selbstsicherheit geraten ins Wanken, seitdem bekannt wird, dass unter dem Boden des Grundgesetzes US-Geheimdienste arbeiten, die sich um die deutschen Grundrechte nicht kümmern, die das Fernmeldegeheimnis so wenig achten wie den Schutz der Privat- und Intimsphäre der Bundesbürger; die das Recht der Menschen auf informationelle Selbstbestimmung nicht respektie-

ren; die das Computer-Grundrecht, also das vom Verfassungsgericht geschaffene Recht auf Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme, ja den gesamten Datenschutz ignorieren, den Gesetzgeber und Bundesverfassungsgericht in Jahrzehnten geschaffen haben. All diese Rechte sind auf dem Boden des Grundgesetzes gewachsen; dieser Boden aber wird von NSA & Co unterminiert und unterhöhlt, die Wurzeln dieser Grundrechte werden abgeschnitten. NSA & Co tun dies im Namen der Sicherheit der USA und ihrer Truppen, sie tun dies aus Gewohnheit und in dem Gefühl, dass es ja nicht die Grundrechte der US-Bürger sind, die malträtiiert werden. Die Verwanzung von Botschaften und Büros der Europäischen Union durch den US-Geheimdienst, das Abhören selbst noch des Handys der Bundeskanzler Schröder und Merkel zeigen die unterirdische Überheblichkeit dieses Sicherheitsapparats.

Nicht nur die Souveränität, auch das Bürgerrechtsbewusstsein wird malträtiiert und geschunden von US-Geheimdienst- und Militäraktionen in Deutschland. „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“, heißt es in Artikel 20 des Grundgesetzes. Aber das deutsche Volk und die deutschen Volksvertretungen wissen jedenfalls nichts oder fast nichts davon, dass von Deutschland aus US-Kampfdrohnen gesteuert werden, dass hier eine US-Logistik zur Folterung und Exekution von Menschen sitzt; und erst recht haben das deutsche Volk und der Bundestag das nicht gebilligt. Die US-Abhöraktionen gegen die deutschen Bürgerinnen und Bürger bis hinauf zu den Bundeskanzlern Schröder und Merkel spotten jeder Beschreibung.

Die Missachtung des deutschen Grundrechts hat einen beschwichtigenden Namen: „Strategische Kontrolle“ nennt das der US-Geheimdienst. Das ist nicht nur eine Kontrolle bestimmter Telefonate, das ist nicht nur ein Zugriff auf bestimmte Internet-Daten, sondern die Kontrolle des gesamten Telefon- und Internetverkehrs. „Strategische Kontrolle“ ist grob verharmlosend, man sagt besser globale Schleppnetzüberwachung. Sie ist der GAU für das Allgemeine Persönlichkeitsrecht – die Größte Anzunehmende Überwachung. Es existiert eine grundrechtsnegierende, ja eine grundrechtsverachtende Parallelwelt, eine Unterwelt, eine Welt unter dem Boden des Grundgesetzes.

Das Grundgesetz sagt, „in keinem Fall darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden“. Zum Wesen der US-Spionage gehört aber ersichtlich, vom Wesen der genannten Grundrechte kaum etwas übrig zu lassen. Der Boden des Grundgesetzes verliert seine Stabilität. Die Statik des deutschen Rechtsstaats, der auf diesem Boden errichtet wurde, wankt. Die Tektonik der Verfassung bricht.

Man kann das kritisch unter Souveränitätsaspekten betrachten. Also: Wo bleibt die deutsche Souveränität, wenn die deutschen Staatsgewalten das US-Schalten und das US-Walten nolens volens hinnehmen? Wo ist die deutsche Souveränität, wenn sich die Bundesanwaltschaft in diesen Fällen offenkundiger Rechtsverletzung kein Ermittlungsverfahren einzuleiten getraut – und stattdessen einen sogenannten Beobachtungsvorgang von der linken auf die rechte Ecke des Schreibtisches schiebt und dann wieder zurück? Ist es souverän, dabei zuzuschauen, dass von deutschem Boden aus Drohnen gesteuert werden und Krieg geführt wird? Ist Souveränität also die Gabe der deutschen Autoritäten, das alles zu ertragen, weil das alles nur um den Preis größter Aufregung und eines Zerwürfnisses mit der Weltmacht und dem Nato-Partner USA geändert werden kann? Wenn dies Souveränität ist, dann würde das bedeuten: Souverän ist, wer vergisst, was nicht mehr zu ändern ist. Das wäre dann eine sehr souveräne Insouveränität. Aber noch mehr als die staatsrechtliche Kategorie der Souveränität, noch mehr als dieses Recht des Staates interessieren mich die Grundrechte der Menschen. Warum? Wenn der grundrechtsaushebelnden Spionage nicht Einhalt geboten werden kann, geht die Geborgen-

heit der Bürger im Rechtsstaat verloren. Aus stolzen Grundrechten werden bettelnde Grundrechte. Bettelnde Grundrechte sind solche, die auf Gnade angewiesen sind. Grundrechte, die auf Gnade angewiesen sind, sind keine Grundrechte mehr.

Gewiss: Auch die deutschen Geheimdienste spähnen Daten aus. Auch deutsche Geheimdienste spähnen die Daten von Bundesbürgern aus, sie greifen auf das Internet zu – aber sie sind gehalten, es auf der Basis von Recht und Gesetz zu tun, gebunden an die Grundrechte, beaufsichtigt vom Bundesverfassungsgericht. Diese Aufsicht befriedigt nicht immer: Das Gericht in Karlsruhe hat im Jahr 1999 einen Grundfehler gemacht, als es zu lax über das Verbrechenbekämpfungsgesetz von 1994 entschied. Damit wurde der sogenannte elektronische Staubsauger installiert, der es dem Geheimdienst erlaubt, Telekommunikation zu kontrollieren und auch aufzuzeichnen, sobald darin bestimmte Stichwörter fallen. Die Trennung zwischen Polizei und Geheimdienst bei der Verbrechenbekämpfung war damit aufgegeben. Ich kann mich noch gut an die mündliche Verhandlung des Bundesverfassungsgerichts in dieser Angelegenheit erinnern: die höchsten Richter haben sich damals von den Beteuerungen einlullen lassen, dass der Geheimdienst BND schon rein technisch nicht mehr als täglich 15.000 Telekommunikationen erfassen könne. Die Richter schalteten daher den elektronischen Staubsauger nicht aus, sondern schrieben nur eine neue Gebrauchsanweisung für ihn. Die Abhörerei wurde mit ein paar Beschränkungen erlaubt. Weder der BND noch der Gesetzgeber haben sich in der Folge beschränken lassen. Von 2001 an wurden neue Abhörgesetze erlassen und stärkere Staubsauger installiert.

Immerhin: Deutsches Recht und Gesetz haben das Parlamentarische Kontrollgremium und die G-10-Kommission geschaffen, welche die Eingriffe der deutschen Geheimdienste in das Fernmeldegeheimnis nach Artikel 10 des Grundgesetzes genehmigen und kontrollieren soll. Diese Kontrolle ist sehr unzureichend, aber es gibt sie immerhin. Die US-Geheimdienste dagegen spionieren in Deutschland und gegen deutsche Bürger, ohne dass die Parlamente und die Regierung irgendeinen Einfluss darauf hätten. Die US-Spionagegewalt ist ganz offensichtlich nicht „an Gesetz und Recht“, nicht „an die verfassungsmäßige Ordnung“ gebunden, wie es der Artikel 20 fordert. Das ist, um es sehr vorsichtig zu formulieren, nicht in Ordnung, das ist verfassungswidrig. Das ist staatsgefährdend. Der deutsche Staat hat den umfassenden Schutz der Grundrechte des Grundgesetzes garantiert. Wenn er diese Garantie nicht einhalten kann oder einhalten will, wenn diese Garantie also nichts mehr gilt, handelt es sich um einen Fall von Staats- und Grundrechtsnotstand.

Die Privatsphäre ist notleidend geworden. Privatsphäre ist ein Wort aus vergangenen Zeiten, ist ein Wort geworden, so seltsam wie das Fernmeldegeheimnis, das aus einer Zeit stammt, als die Telefone noch Tischfernsprecher hießen und aus Bakelit gemacht wurden. Damals war das Fernmeldegeheimnis noch ein echtes Grundrecht. Dies gilt heute nur noch dem Namen nach: Es steht zwar noch unter Nummer 10 im Grundgesetz, aber es hat seinen Wert verloren – so wie die Privatsphäre ihren Rang verloren hat. Privatsphäre gibt es nicht mehr. Vielleicht ist diese Feststellung ein wenig übertrieben, aber nur ein wenig. Die Privatsphäre schrumpft, sie verhutzelt zu einem angeblich unzeitgemäßen Ding. Die Privatsphäre sieht aus wie eine Dörripflaume; informationstechnische Systeme trocknen sie aus, sie ergreifen Besitz vom beruflichen und vom privaten Alltag der Menschen. All diese Systeme arbeiten natürlich nicht aus eigenem Antrieb; sie werden betrieben und sie werden gefüttert vom Staat und von der Privatwirtschaft.

Viele Politiker und Praktiker der inneren Sicherheit, viele derjenigen, die zur Vorbeugung immer mehr Überwachung fordern, sind wenig schuldbewusst. Sie verweisen nicht nur auf die Terrorgefahr, sondern auf den Exhibitionismus der Handy- und Internet-Gesellschaft: Die Menschen wollten, so sagen sie, ja ganz offensichtlich gar nicht mehr unbeobachtet und unbe-lauscht sein. Eine Gesellschaft, die ihre Intimitäten öffentlich und überall in die Handys po-saune, habe das Fernmeldegeheimnis längst aufgegeben. Man brauche sich also über die stei-genden Zahlen von Abhöraktionen gar nicht empören. Diese Betrachtungsweise ist nicht einfach nur an den Haaren herbeigezogen. Es gibt ja nicht nur den us-Orwell. Es gibt auch eine deutsche und eine internationale Orwellness. Diese Orwellness, diese Entblößungsgesellschaft nutzt das Internet als Entblößungsmedium. Indes: Wer sein Fenster aufmacht, erteilt nicht die Erlaubnis, bei ihm einzusteigen und die Wohnung auszuräumen. Wenn einer sich halb aus-zieht, ist das nicht die Aufforderung an Dritte, ihn vollends zu entkleiden. Und wer im Groß-raumabteil der Bahn laut telefoniert, gibt dem Staat damit nicht die Erlaubnis, seine Telefon-daten zu speichern oder seinen Computer anzuzapfen. Er gestattet seinem Arbeitgeber damit nicht, auf dem Klo und in den Umkleieräumen Videokameras zu installieren. Er ist auch nicht damit einverstanden, dass der Personalchef ihn ausspioniert und Dossiers über seine Macken und Krankheiten anlegt. Und erst recht willigt er nicht darin ein, dass seine Geheim-nummern für Kreditkarten und elektronische Überweisungen auf dem freien Markt gehan-delt werden. Im Übrigen sind die Handy-Posaunisten und die Internet-Exhibitionisten noch lange nicht „die Gesellschaft“: Selbst dann, wenn Hunderttausende ausdrücklich und umfas-send auf ihre Privatsphäre verzichteten, könnten sie das nicht mit Wirkung für Millionen an-derer Menschen tun.

Der Schutz der Grundrechte der Bundesbürger funktioniert offensichtlich nicht. Das ist ein Befund, der einen um den Schlaf bringt – es sei denn, man gehört zu den Phlegmatikern, die glauben, dass sie die Überwacherei nichts angehe, weil sie eh nichts zu verbergen hätten. Die-se Leute halten die us-Spionage für Montezumas Rache an der Internet-Generation.

Reden wir von Edward Snowden. Er hat uns den Blick in die neue Welt der globalen Datenspio-nage ermöglicht. Vor zwei Wochen, am Sonntagabend, hat man ihn im Deutschen Fernsehen von der umfassend überwachten Internetwelt erzählen hören. Mir kam da ein altes Bild in den Sinn, das in fast jedem Schulbuch zu sehen ist. Es ist ein Holzstich, der „Wanderer am Welten-rand“ heißt und einen Menschen zeigt, der auf allen vieren kriecht und gerade mit Kopf und Schultern das mittelalterliche Weltbild durchstößt und dahinter das Sonnensystem erblickt. Das Bild zeigt den Abschied von der geozentrischen Sicht der Welt, von der Sicht der Welt also, die die Erde als Scheibe sah, über der sich der Himmel wie eine Kuppel wölbte. Das Bild ist eine Illustration der kopernikanischen Wende, ein Bild über den Vorstoß in neue Dimensionen, ein Blick in die Zukunft.

Edward Snowden kraucht, fast 500 Jahre nach Kopernikus, nicht als Wanderer, sondern als Flüchtling in dieser alten Welt des 20. und 21. Jahrhunderts herum. Deutschland hat ihm leider kein Asyl gegeben, obwohl er sich um Deutschland und um die von den USA verletzten Grund-rechte verdient gemacht hat. Snowden, das ist sein großer Verdienst, öffnet uns den Blick in eine neue umfassend überwachte Internet-Welt, von der er seit dem 6. Juni 2013 entsetzt er-zählt. Snowden berichtet von einer digitalen Kosmologie, von einer radikalen und globalen Überwachungstechnik, die auf die Internetanbieter und die sozialen Medien umfassend zu-grreift und in deren Bestände eingreift, die aber ebenso in der Lage ist, alles, was im Internet

passiert, in Echtzeit zu speichern. Man kann das als digitale Inquisition bezeichnen. Diese digitale Inquisition tut nicht körperlich weh, sie ist einfach da, sie macht die Kommunikation unfrei. Die freie Kommunikation ist aber, so hat es das Bundesverfassungsgericht beschrieben, eine „elementare Funktionsbedingung eines auf Handlungsfähigkeit und Mitwirkungsfähigkeit seiner Bürger begründeten freiheitlichen Staatswesens“. Die Richter warnten eindringlich vor einer Gesellschaftsordnung, „in der Bürger nicht mehr wissen können, wer was wann und bei welcher Gelegenheit über sie weiß“. Genau das ist passiert. Und die Nachrichten über die NSA zeigen das in aller Brutalität. Waren die Richter, als sie das formulierten, so etwas wie die Minnesänger der alten, der vergehenden Epoche? Wenn die Richter Recht haben und wenn eine elementare Bedingung der Freiheit elementar bedroht ist, ja womöglich schon gar nicht mehr existiert – wäre das ein Kennzeichen für die Umwandlung der Gesellschaft: in einen neuen Absolutismus, der von geheimdienstlicher Souveränität getragen wird.

Die bisherige Welt – es war die Welt, die man auch deswegen freie Welt nannte, weil die Freiheit der Menschen dort das Wichtigste war. Es war eine Welt, in der man den Staat samt seinen Geheimdiensten für einen gebändigten Leviathan halten durfte; es war eine Welt, in der die Bürger daran glauben konnten, dass der demokratische Staat ihre Grundrechte achtet und sie mittels der Gerichte verteidigt. Die bisherige Welt war eine Welt, in der man prinzipiell vom Staat in Ruhe gelassen wurde, wenn man nicht durch gefährliches oder strafbares Tun Anlass zum Eingreifen geboten hatte; man nannte das Rechtsstaat. Die Rechtsstaatlichkeit eines Staates wurde daran gemessen, ob und wie er die Grundrechte seiner Bürger einhält. Das gilt offiziell immer noch. So oder so ähnlich steht es auch in den Verfassungen der Länder der westlichen Welt. Mit anderen Staaten, die noch keine solche Verfassung haben, mit Staaten, die im Übergang von der Diktatur zur Demokratie sind, pflegt man Rechtsstaatsdialoge; Deutschland etwa führt einen solchen Dialog mit China, um so den chinesischen Sinn für die Achtung der Grundrechte zu wecken.

Die neue Welt: Snowden hat einst in dieser neuen Welt gearbeitet, in der die Grundrechte, die Kommunikationsgrundrechte zumal, nur noch als Bauklötzchen der alten Welt gelten, als Spielzeug. In dieser neuen Welt, von der Snowden nun seit Juni vergangenen Jahres berichtet, soll die umfassende Überwachung der Bürger und der exzessive Einsatz digitaler Technologien die Bürger vor dem Terrorismus schützen. In dieser neuen Welt wird daher die anlasslose staatliche Ausspähung der Kommunikation der Menschen zur Normalität des Lebens. Informationelle Selbstbestimmung und Privatsphäre gibt es im Netz nicht mehr. Der Mensch wird rund um die Uhr fürsorglich kontrolliert. Diese Kontrolle hat derzeit Namen wie Prism, Tempora und XKeyscore, Muscular und TAO: Aber solche Namen sind Schall und Rauch, morgen heißt sie schon wieder anders. Es handelt sich um Kürzel der Überwachung, die sich zu einem Alphabet der Totalität addieren. Würde jeder dieser Überwachungsaktivitäten einen Pfeifton produzieren, die Menschen wären schon wahnsinnig geworden.

Fachkreise sagen, sie seien nicht wirklich überrascht von den Snowden'schen Schilderungen. Es sei doch bekannt gewesen, „dass alle Supermächte massiv Cyberintelligenz betreiben“. Es ist aber ein Unterschied, ob man ahnt, dass es da etwas gibt, oder ob man erfährt, dass und wie das en détail funktioniert. Es ist ein Unterschied, ob Fachleute davon ausgehen, dass Cyberaufklärung praktiziert wird, oder ob die Öffentlichkeit ausgiebig davon unterrichtet wird. Gewiss: Die Überwachungsarchitektur ist nicht 2013 durch den Urknall entstanden; sie wird seit 9/11 aufgebaut. Ein Urknaller waren aber Snowdens gebündelte Offenbarungen. Die Überwachungsarchitektur, die er beschreibt, ist die Optimierung dessen, was fast alle westlichen

Staaten seit 9/11 praktizieren: Um Terroristen auf die Spur zu kommen, wird die Bevölkerung seit 9/11 subtil ausgeforscht – mit Abhöraktionen, mit Überwachungs- und Datenspeicherungsprogrammen, mit der Kontrolle der Bankkonten und Computer, mit ausgeklügelten Kontrollarrangements und immer neuen Datensammlungen, bei denen Geheimdienste und Polizei kooperieren und die darauf zielen, die Mobilität und das Informationsverhalten der Bürger zu kontrollieren. Die Berufsgeheimnisse der Rechtsanwälte, Strafverteidiger, Ärzte und Journalisten sind zwar formell in Kraft geblieben; die neuen Überwachungsmethoden nehmen aber darauf keine Rücksicht.

Wie gesagt: Die Begründung für die Kaskade an Überwachungsmaßnahmen hieß und heißt: Nine Eleven. Seit dem 11. September 2001 ist die Politik der westlichen Welt dabei, ihre Rechtsstaaten in Präventions- und Sicherheitsstaaten umzubauen. Der neue Präventions- und Sicherheitsstaat zehrt von den Garantien des alten Rechtsstaats; er entsteht, indem er sie verbraucht. Die US-Überwachungsprogramme potenzieren und radikalisieren diese Entwicklung. Die Bürger haben sich das alles bisher aus drei Gründen gefallen lassen. Erstens: Weil die Politik die Angst vor der Terrorgefahr immer wieder forciert, weshalb fast alles Billigung findet, was angeblich die Gefahr entschärfen kann. Zweitens: Weil die Bürger das Gros der Freiheitsbeschränkungen nicht spüren, die Eingriffe finden heimlich statt. Drittens: Weil die Bürger, zumal die Deutschen, daran glauben, dass die höchsten Gerichte „es“ im Notfall schon wieder richten werden. Das Wieder-Richten, das Zurücklenken in rechtsstaatliche Bahnen, funktioniert aber schon lange nicht mehr gut. Die nachhaltige Wirkung der Urteile des Bundesverfassungsgerichts ist bereits im nationalen Bereich zweifelhaft. Und gegen die globale Überwachung kann das Karlsruher Gericht eh nichts ausrichten. Es ergeht dem Verfassungsgericht wie es einst Walther von der Vogelweide ergangen ist: Der betrauerte den Verfall der höfischen Kultur und den Niedergang des Stauferreichs; aufhalten konnte er ihn nicht.

Manchmal, an meinen pessimistischen Tagen, scheint es mir so, als seien alle bürgerrechtlichen Besorgnisse aus dem kollektiven Gedächtnis verschwunden, als hätten sie sich nur bei denen partiell erhalten, die dann „Netzgemeinde“ genannt werden. Ja, manchmal kann man den Eindruck haben, als würden von NSA & Co nicht nur alle Daten abgesaugt, sondern auch alle Erinnerungen an den Machtmissbrauch. Es reicht daher nicht, wenn nationale Gerichte die „Integrität informationstechnischer Systeme“ als Grundrecht postulieren. Daraus wird Nostalgie, wenn eine solche Forderung nicht von einem globalen Zeitgeist getragen und dann Kern eines neuen Internet-Völkerrechts wird. Noch ist die Empörung über die digitale Inquisition zu schwach. Wenn diese Empörung nicht wächst, kann aus der Überwachung Gewohnheit werden. Dann kann es passieren, dass die Generation derer, die nach dem Jahrtausendwechsel geboren ist, die totale Kontrolle ihrer Kommunikation als normalen Preis empfindet, den man dem Internet zu entrichten hat. Das ist es wohl auch, was Edward Snowden befürchtet, wenn er sagt: „Meine größte Sorge nach meinen Enthüllungen ist, dass sich nichts ändert“.

Als die Banken gefährdet waren, gab es Krisensitzungen. Deutschland und die EU haben Banken Milliarden säcke vor die Tür gestellt, um sie zu wieder zu stabilisieren. Womit stabilisiert die Bundesregierung den Boden des Grundgesetzes? Welche Krisengipfel hat die Regierung Angela Merkel angesichts der Gefahren für die rechtsstaatliche Tektonik einberufen? Welche Rettungsmaßnahmen gibt es? Keine. Nicht auf deutscher Ebene, nicht auf europäischer. War das Geld, war der Euro wichtiger, als es die Grundrechte sind?

In den Staaten der westlichen Welt ist, angeführt von den USA, ein merkwürdiger Prozess der

Umkehrung rechtsstaatlicher Logik im Gang: Die Rechtsstaatlichkeit misst sich offenbar nicht mehr daran, dass man die Grundrechte einhält. Stattdessen werden die Verletzungen von Grundrechten damit gerechtfertigt, dass ja ein Rechtsstaat sie vornehme. Der Begriff „Rechtsstaat“ wird seines Inhalts entblößt und ungeachtet dessen einfach gesetzt. Die Vereinigten Staaten begründen auch die größten Anrührigkeiten auf diese Weise: Man sei ja ein Rechtsstaat; das adelt dann vermeintlich auch noch das Waterboarding.

Die Sicherheitsapparate eines Polizeistaats dürfen alles, was sie können. Die Sicherheitsapparate eines Rechtsstaats können alles, was sie dürfen. Sie dürfen und können ziemlich viel, aber das hat eine Grenze. Das galt vor dem 11. September 2001, und das muss auch nachher so sein; es ist aber nicht mehr so. Die Sicherheitspolitik der westlichen Länder hat in ihren Reaktionen auf die Terroranschläge verkannt, dass auf Dauer nur Recht die Freiheit sichern kann. Die Anti-Terror-Politik aber hat Recht und Rechte weggeräumt, um so für Sicherheit zu sorgen. Die USA waren und sind bei diesem Tun besonders exzessiv – der monströse Zugriff auch auf deutsche Daten und deutsche Bürger ist Teil dieser US-Exzessivität. „Der Staat ist um des Menschen willen da, nicht der Mensch um des Staates willen.“ Das steht im ersten Entwurf des Grundgesetzes, im Artikel 1 des Entwurfs von Herrenchiemsee. Das haben die Deutschen einst von den Amerikanern gelernt, die bei den Vorarbeiten zum Grundgesetz anleitend im Hintergrund standen.

Stark ist nicht der Staat, der den Bürgern mit einem Generalverdacht gegenübertritt und grundsätzlich jedem misstraut. Stark ist der Staat, der die Sicherheit hat, dass die Menschen- und Bürgerrechte die besten Garanten der inneren Sicherheit sind. Das haben die Amerikaner vor sechs Jahrzehnten sehr gut gewusst. Das haben sie damals den Deutschen beigebracht. Das gilt noch immer. Recht sichert Freiheit. Der demokratische Staat, der nur wegen und aus der Freiheit seiner Menschen besteht, darf sich nicht gegen seine Schöpfer wenden. Datenschutz ist daher viel mehr als ein Datenschutz. Er schützt nicht nur Daten, er schützt sehr viel mehr: Er schützt die Persönlichkeit, er schützt den Menschen. Er ist keine abstrakte Angelegenheit, betrieben von komischen Heiligen, die sich als Datenschützer wichtigmachen. Er ist der Schutz der Menschen in der digitalen Welt – er ist das Grundrecht der Informationsgesellschaft. Es darf kein Gnadenrecht sein.

Dem chemischen Element 112 wurde am 19.2.2010, am 537. Geburtstag des Nikolaus Kopernikus, der Name Copernicium verliehen, weil er den Blick auf die Welt verändert hat. Sollten die Snowden'schen Enthüllungen zu einem Bewusstseinswandel, zu einer globalen Sensibilität für den Wert der Kommunikationsgrundrechte führen – man könnte nichts dagegen haben, wenn eines Tages ein neu entdecktes chemisches Element Snowdenium hieße.

Wie eingangs gesagt, das Grundgesetz wird 65 Jahre alt. Ich wünsche ihm eine genauso gute, eine starke europäische Verfassung, ein europäisches Grundgesetz als Partner. Ich wünsche mir ein starkes deutsches und ein starkes europäisches Grundgesetz, so stark, dass sie beide zusammen alte und neue Gefahren meistern.

Europa. Was ist das Kennzeichen Europas? Sind das Kennzeichen für dieses Europa die gewaltigen Rettungsschirme für die Banken, für die Nationalwirtschaften und für den Euro? Müssen die zwölf goldenen fünfzackigen Sterne in der Europaflagge durch zwölf goldene schön aufgespannte Rettungsschirme ersetzt werden? Die Rettungsschirme sind unvorstellbare Milliardensummen groß. Aber die Größe allein bringt es nicht.

Jeder weiß, was ein guter Schirm braucht, der bei schwerem Wetter funktionieren soll: Er braucht einen festen Stock, an dem man ihn gut halten kann, und er braucht Speichen, die ihm Stabilität geben; je mehr solcher Streben er hat, umso wetterfester ist er. Schirme von der ungeheuren Größe, wie sie die Rettungsgesetze geschaffen haben, mögen von den Europäischen Spitzenpolitikern mit aller Kraft gerade noch aufgespannt werden können; wenn sie den Schirm dann allein festhalten wollen, wird es ihnen ergehen wie dem fliegenden Robert im Struwwelpeter: Er rennt mit dem Schirm ins Ungewitter hinein und schon passiert es: „Seht! Den Schirm erfasst der Wind, und der Robert fliegt geschwind, durch die Luft so hoch, so weit; niemand hört ihn, wenn er schreit.“ Dann fliegt der Schirm mitsamt dem Robert durch die Wolken, und die Geschichte endet mit dem bitteren Satz: „Wo der Wind sie hingetragen, ja das weiß kein Mensch zu sagen.“ Den Regierungen der EU und der EU-Kommission in Brüssel wird es so ergehen, wenn sie glauben, sie könnten den Schirm allein halten. Sie brauchen dazu die Gesellschaften ihrer Länder, und sie brauchen das Vertrauen ihrer Bürger, weil erst dieses Vertrauen dem Schirm die Speichen einzieht. Die Europäische Union braucht das Vertrauen ihrer Bürger, und dieses Vertrauen tropft nicht einfach von den Rettungsschirmen herunter. Ohne dieses Vertrauen bleibt ein Schutzschirm instabil; er flattert, reißt alles mit oder geht kaputt. Wie sehr das Vertrauen geschädigt ist, kann man in jeder Diskussion zu fast jedem Thema hören: Ob es um die verschimmelten Wände im Klo des Kindergartens geht oder darum, dass Lehrer fehlen und Unterrichtsstunden ausfallen – immer und überall gab es wilden Beifall, wenn einer dann nur „500 Milliarden“ sagt: „500 Milliarden für Banken, aber nur 211 Euro Sozialgeld pro Monat für Kinder von Langzeitarbeitslosen.“

Trotz alledem: Europa ist das Beste, was den Deutschen, Franzosen und Italienern, den Tschechen und Dänen, den Polen und Spaniern, den Niederländern, Briten und Griechen, den Bayern und Balten, Wallonen und Württembergern, den Sachsen und den Schweden in ihrer langen Geschichte passiert ist. Europa ist die Verwirklichung so vieler alter Friedensschlüsse, die den Frieden dann doch nicht gebracht haben. Die Europäische Union ist das Ende eines fast tausendjährigen Krieges, den fast alle gegen fast alle geführt haben. Sie ist ein unverdientes Paradies für die Menschen eines ganzen Kontinents. EU ist das Kürzel für das goldene Zeitalter der europäischen Historie. Das stimmt, das stimmt ganz sicher – und doch werden solche feierlichen Sätze zu Wortgeklänge, wenn und solange die Menschen diese EU nur als Nutzgemeinschaft für die Wirtschaft, aber nicht als Schutzgemeinschaft für die Bürger erleben. Sozialpolitik ist nicht einfach ein Annex des Ökonomischen, sie darf es nicht sein; Sozialpolitik ist eine Politik, die Heimat schafft, erst Sozialpolitik macht aus einem Staatsgebilde, aus einer Union eine Heimat für die Menschen, die darin leben.

Wer seinen Nationalstaat als Heimat erlebt hat, der will daraus nicht vertrieben werden. Er will, wenn die Heimat Nationalstaat zu schwach wird, Europa als zweite Heimat. Wenn also in europaweiten Protesten Demonstranten immer wieder von ihren Regierungen fordern, in einer globalisierten Welt für ein gewisses Maß an ökonomischem Anstand zu sorgen, dann ist das nicht unbillig. Regeln für ein sozialverträgliches Wirtschaften gehören zum inneren Frieden. Die Sorge um diesen inneren Frieden Rechnung zu tragen – das gehört zu den Grundaufgaben der Europäischen Union.

Demokratie muss man lernen, europäische Demokratie ganz besonders. Die Menschen in Europa wollen spüren, dass diese Europäische Union für sie da ist und nicht vor allem für Banken und den internationalen Handel. Sie wollen unter Sicherheit nicht nur die innere, sondern auch die soziale Sicherheit verstehen.

Die Privatisierung von sozialer Verantwortung ist kein guter Weg für Europa. Diesen Weg sollte die EU so nicht weitergehen. Sie sieht noch immer fast alles durch die Brille der Wettbewerbsfreiheit. Deshalb kommen soziale Belange, deshalb kommt das Gemeinwohl zu kurz. Deshalb gingen die Anstöße für eine Privatisierung der Post, der Telekommunikation und der Bahn von Brüssel aus. Deshalb ist Brüssel stolz auf diese Privatisierungen, nicht aber der Verbraucher. Deshalb betrachtet die EU die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, die öffentlichen Versorgungseinrichtungen oder auch Krankenversicherungssysteme mit Skepsis, der Bürger aber mit Wohlgefallen. Wenn der Staat seine Aufgaben abwirft wie der Baum die Blätter im Herbst, wenn sich der Staat immer kleiner macht, dann wird auch der Bereich, den die Wähler mitbestimmen können, immer kleiner. Zu viel Entstaatlichung wird also zur Gefahr für die Demokratie. In dem Maß zum Beispiel, in dem kommunale Versorgungsbetriebe enteinkommunalisiert werden, verliert die Kommune die Funktion, die sie hatte: Sie ist dann nicht mehr Schule der Demokratie, sondern Zwergschule. Gott sei Dank ist in den Kommunen die Zeit der Privatisierung der Daseinsvorsorge schon wieder vorbei.

Europa freilich muss noch lernen, dass nicht alle öffentlichen Güter dem privaten Wettbewerb zum Fraß gegeben werden dürfen. Und die Rechtsangleichung in Europa darf nicht unter das Motto gestellt werden, wie der Mensch noch fungibler für Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit wird. Der Mensch ist nicht nur ein homo oeconomicus, auch der Europäer nicht.

Vielleicht darf ich Ihnen an dieser Stelle, zum Schluss meines Vortrags, noch meine Lieblingsgeschichte erzählen, die zu den merkwürdigsten Abschnitten meines Lebens gehört, der, den ich in Alfred Wunsiedels Fabrik zubrachte. Ich hatte mich der Arbeitsvermittlung anvertraut und wurde mit sieben anderen Leidensgenossen in Wunsiedels Fabrik geschickt, wo wir einer Eignungsprüfung unterzogen werden sollten. Ich wurde als erster in den Prüfungsraum geschickt, wo auf reizenden Tischen die Fragebögen bereitlagen. Erste Frage: „Halten Sie es für richtig, dass der Mensch nur zwei Arme, zwei Beine, Augen und Ohren hat?“ Hier erntete ich erstmals die Früchte meiner mir eigenen Nachdenklichkeit und ich schrieb ohne zu zögern hin: „Selbst vier Arme, Beine und Ohren würden meinem Tatendrang nicht genügen. Die Ausstattung des Menschen ist kümmerlich.“ Zweite Frage: „Wie viele Telefone können Sie gleichzeitig bedienen?“ Auch hier war die Antwort so leicht wie die Lösung einer Gleichung ersten Grades: „Wenn es nur sieben Telefone sind“, schrieb ich, „werde ich ungeduldig, erst bei neun fühle ich mich völlig ausgelastet.“ Dritte Frage: „Was machen Sie nach Feierabend?“ Meine Antwort: „Ich kenne das Wort Feierabend nicht mehr – in meinem fünfzehnten Lebensjahr strich ich es aus meinem Vokabular, denn am Anfang war die Tat!“ Ich bekam die Stelle.

Es handelt sich, meine Damen und Herren, natürlich nicht um eine Episode aus meinem Lebenslauf, sondern um eine Geschichte, die Heinrich Böll schon vor Jahrzehnten geschrieben hat. Es könnte sich um die Beschreibung einer Prüfung bei einer Sozial- und Arbeitsagentur im Jahr 2015 handeln. Verlangt wird der grenzenlose flexible, unbeschränkt belastbare Arbeitnehmer, unglaublich gesund, unglaublich robust und unglaublich leistungsfähig. Die Frage: Wollen wir eine solche Gesellschaft? Wollen wir ein Europa, in dem es überall so zugehen soll wie in Wunsiedels Fabrik – ein Europa, in dem die unbegrenzte Leistungsfähigkeit zählt und sonst nichts, in dem es nur um den Marktwert geht, in dem der Wert des Menschen und der Nationen nur am Lineal der Ökonomie gemessen wird?

Es ist nicht ganz falsch, wenn die Kanzlerin sagt, „der Euro ist Europa“. Aber Europa ist sehr viel mehr als der Euro. Europa muss ein anderes Wort sein für Demokratie. Noch wichtiger als

der Euro sind Sozialstaatlichkeit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Mehr Demokratie. Die Bürger durften und dürfen auf Bundesebene zwar alle paar Jahre wählen; abstimmen aber durften sie nie. Das ist ein Verfassungsverstoß durch Unterlassen. Die Ausübung der Staatsgewalt durch „Wahlen und Abstimmungen“ ist ein Grundsatz, der dem Grundgesetz so wichtig war und ist, dass es ihn (so wie die Unantastbarkeit der Menschenwürde) für unabänderlich erklärt hat: Die Forderung nach Plebisziten auf Bundesebene ist daher nicht eine Keckheit der Bürgergesellschaft, sondern ein bisher unerfülltes, aber unabänderbares zentrales Verfassungsgebot. Es ist Zeit für Volksabstimmungen im Sinn des Artikels 20, Absatz 2. Auch über Europa. Der Souverän pocht auf sein Recht. Er soll nicht betteln müssen, dass ihm das gegeben wird, was ihm zusteht: bürgernahe Demokratie.

Der europäische Staat kommt ja nicht aus dem Nichts, er ist keine creatio ex nihilo. Er ist der Höhepunkt der europäischen Geschichte: „Machten wir eine Bilanz unseres geistigen Besitzes auf, so würde sich herausstellen, dass das meiste davon nicht unserem jeweiligen Vaterland, sondern dem gemeinsamen europäischen Fundus entstammt. Vier Fünftel unserer inneren Habe sind europäisches Gemeingut“ – so hat das der spanische Philosoph Ortega y Gasset beschrieben. Es gilt, aus dem Fundus ein Fundament zu machen. Nein, dieses Fundament kann nicht auf den Trümmern der Nationalstaaten stehen. Wer die einzelnen Staaten zertrümmern will, um darauf Europa zu bauen, hat von Europa wenig verstanden. Europa zerschlägt nichts, Europa fügt zusammen. Der Euro gehört zum Kitt. Und wie lässt sich Demokratie in Europa, in einer Union von 450 Millionen Bürgern, verwirklichen? Am besten so, dass man couragiert damit anfängt.

Man kann Europa gewinnen und zugleich das Grundgesetz bewahren – beides mit mehr Demokratie. Europa braucht mehr Demokratie, das Grundgesetz auch. Die Staatsgewalt wird (nicht nur in Wahlen, sondern auch) in Abstimmungen ausgeübt. Eine solche Abstimmung muss es in nützlicher Frist über Europa geben, über ein demokratisch verfasstes Europa.

Es wird also künftig zwei Grundgesetze geben müssen: erstens ein neues europäisches Grundgesetz, nämlich ein EU-Statut, in dem etwa das Verhältnis von Europäischem Parlament, Rat und Kommission gut geregelt wird. Und zweitens das alte deutsche Grundgesetz, das den Menschen ans Herz gewachsen bleibt, das Kraft und Geltung behalten muss. Es wird ein durch Plebiszite gebilligtes Neben- und Miteinander dieser Grundordnungen und Staatlichkeiten geben. Zwei Liebesbriefe sind besser als einer. Und beide Grundgesetze, das deutsche und das europäische werden verbunden werden müssen durch die Abstimmung und die Akzeptanz des Souveräns, also des Volkes. Noch einmal: Deutschland braucht das Plebiszit; Europa braucht es auch.

Die Verfassung muss, die Verfassungen müssen dafür sorgen, dass Deutschland Heimat bleibt und Europa Heimat wird für die Menschen, die darin wohnen. Heimat ist ein Land dann, wenn die Menschen Rechte haben und sich auf diese Rechte verlassen können. Heimat ist Sicherheit. Grundrechte geben Sicherheit. Wir brauchen Grundrechte, die so stark sind, dass sie die Menschen stark machen und zu dem, was sie sein sollen: Bürgerinnen und Bürger. Der römische Dichter Ovid hat gesagt: Glücklich ist, wer das, was er liebt, auch wagt, mit Mut zu beschützen. Gönnen wir uns dieses Glück.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Spielzeit 2013/2014

Herausgegeben vom Staatsschauspiel Dresden → Intendant: Wilfried Schulz → Gestaltung: Andrea Dextor → Alle Rechte liegen bei den Rednern.

Dresdner Reden 1992 – 2014

1992

Günter Gaus – Christoph Hein – Egon Bahr – Willy Brandt
Dieter Görne, Thomas Rosenlöcher, Uta Dittmann, Wolfgang Ullmann

1993

Hans-Dietrich Genscher – Friedrich Schorlemmer – Tschingis Aitmatow – Regine Hildebrandt
Hildegard Hamm-Brücher, Heinz Czechowski, Heinz Eggert, Rainer Kirsch

1994

Heiner Geißler – Konrad Weiß – Wolfgang Thierse – Christa Wolf
P. Lothar Kuczera S.J., Benedikt Dyrlich, Hanna-Renate Laurien, Antje Vollmer

1995

Horst-Eberhard Richter – Alfred Hrdlicka – Kurt Biedenkopf – Walter Jens
Hans-Joachim Maaz, Werner Stötzer, Ludwig Güttler, Günter Jäckel

1996

Hildegard Hamm-Brücher – Margarita Mathiopoulos – Dževad Karahasan – Fritz Beer
Wolfgang Lüder, Bärbel Bohley, Hubert Kross jr., Dieter Schröder

1997

Günter de Bruyn – Libuše Moníková – Günter Grass
Thomas Rosenlöcher, Friedrich Christian Delius, Volker Braun

1998

Jens Reich – Fritz Stern – Adolf Muschg – György Konrád
Janusz Reiter, Kurt Biedenkopf, Sigrid Löffler, Karl Schlögel

1999

Jutta Limbach – Brigitte Sauzay – Andrei Pleșu – Rolf Schneider
Steffen Heitmann, Rudolf von Thadden, György Konrád, Hans-Otto Bräutigam

2000

Peter Sloterdijk – Wolfgang Leonhard – Wolf Lepenies
Eberhard Sens, Johannes Grotzky, Friedrich Schorlemmer

2001

Adolf Dresen – Rita Süßmuth – Daniel Libeskind – Volker Braun
Sigrid Löffler, Wolfgang Thierse, Heinrich Wefing, Friedrich Dieckmann

2002

Bassam Tibi – Alice Schwarzer – Daniela Dahn – Egon Bahr
Reiner Pommerin, Alexander U. Martens, Ingo Schulze, Friedrich Schorlemmer

2003

Michael Naumann – Susan George – Wolfgang Ullmann
Moritz Rinke, Peter Weißenberg, Jens Reich

2004

Hans-Olaf Henkel – Joachim Gauck – Karl Schlögel
Martin Gillo, Frank Richter, Alexandra Gerlach

2005

Dieter Kronzucker – Klaus von Dohnanyi – Christian Meier – Helmut Schmidt
Susanne Kronzucker, Aloys Winterling, Dieter Schütz

2006

Hans-Jochen Vogel – Heide Simonis – Margot Käßmann – Joschka Fischer
Christoph Meyer, Dieter Schütz, Reinhard Höppner, Mario Frank

2007

Gesine Schwan – Valentin Falin – Gerhard Schröder – Oskar Negt
Katrin Saft, Egon Bahr, Martin Roth, Friedrich Schorlemmer

2008

Elke Heidenreich – Lothar de Maizière – Peter Stein – Julia Franck
Karin Großmann, Hans-Joachim Meyer, Peter Iden, Eva-Maria Stange

2009

Fritz Pleitgen – Jörn Rüsen – Jan Philipp Reemtsma – Meinhard von Gerkan
Wolfgang Donsbach, Jürgen Straub, Harald Welzer, Wolfgang Hänsch

2010

Kathrin Schmidt – Dieter Wedel – Peter Kulka – Bernhard Müller
Jörg Magenau, John von Düffel, Dieter Bartetzko, Eva-Maria Stange

2011

Charlotte Knobloch – Rüdiger Safranski – Jonathan Meese – Dietrich H. Hoppenstedt

2012

Frank Richter – Gerhart Rudolf Baum – Andres Veiel – Ingo Schulze – Ines Geipel

2013

Stephen Greenblatt – Markus Beckedahl – Jürgen Rüttgers – Nike Wagner

2014

Prof. Dr. Heribert Prantl – Roger Willemsen – Jürgen Trittin – Sibylle Lewitscharoff – Serge Dorny



1.2014